

Berliner Volkszeitung

Eine Enthüllung.

Gründlichen den Parteien des schwarzen Blocks, die gegenwärtig die Herrschaft im Reichstage ausüben, besteht angeblich die Freundschaft; ab und zu kann man aber einen Blick auf die Kuffen tun, und da erfährt man, daß es mit dieser Freundschaft nicht sehr weit her ist. Eine eigenartige Affäre ist jetzt durch die in Stuttgart erscheinende „Schwäbische Wochenschrift“ aufgedeckt. Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten im Reichstagsabgeordnetenrat veröffentlicht. Der Sozialdemokrat erklärte, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten im Reichstagsabgeordnetenrat veröffentlicht. Der Sozialdemokrat erklärte, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten im Reichstagsabgeordnetenrat veröffentlicht. Der Sozialdemokrat erklärte, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten im Reichstagsabgeordnetenrat veröffentlicht. Der Sozialdemokrat erklärte, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten im Reichstagsabgeordnetenrat veröffentlicht. Der Sozialdemokrat erklärte, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten im Reichstagsabgeordnetenrat veröffentlicht. Der Sozialdemokrat erklärte, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten im Reichstagsabgeordnetenrat veröffentlicht. Der Sozialdemokrat erklärte, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten im Reichstagsabgeordnetenrat veröffentlicht. Der Sozialdemokrat erklärte, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

Kurze Chronik.

Der Kaiser ist gestern abend um 11 1/2 Uhr nach Kiel zur Besichtigung der Marineskuten abgereist. Er traf dort heute früh um 7 1/2 Uhr ein und nahm an Bord der „Deutschland“ Wohnung.

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Schörlener hat erklärt, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.

In Paris soll im Jahre 1920 eine Weltausstellung veranstaltet werden.

Bei Wahlen in Mexiko sind gestern gegen hundert Mann getötet worden.

Mährers im Text des Blattes.

Tolstoi und Stolppin.

Die Ansichten der Ärzte über den Zustand Tolstois sind geteilt. Während ein Teil der Medizin auf Genesung nicht ausbleiben, erklären andere, insbesondere der Baharaj Etkowski, daß an dem Ankommen Tolstois zweifellos werden müsse, weil es sich um einen ungemein schweren Fall von Lungenerkrankung handelt, die das Herz des Greises kaum überwinden wird. Aus allen Bulletin geht hervor, daß Tolstoi in einer Krise liegt, die sehr langsam verläuft. Noch reichen seine physischen Kräfte bei Unterstützung durch Medikamente, doch mehr sich die Anfälle von Schwäche und Bewußtlosigkeit. Die seitliche Lage wird wohl einige Tage anhalten, bevor eine positive Wendung eintritt. Das Kabinett beschäftigt sich endlich mit der Frage über Tolstois eventuelles Einschleichen in Stolppin befürchtet beim Tode Tolstois nicht mit Unrecht den Ausbruch von Unruhen, wenn im Hinblick auf Tolstois Gedenkmassnahmen Messen und kirchliche Feiern verboten werden. Der seitige Schwab ist der Frage nähergetreten, jedoch zu keiner positiven Entscheidung gekommen. Er erst die Rede Tolstois abwarten will. Stolppin will das nicht gelten lassen und verlangt aus innerpolitischen Gründen, daß der Vornachdruck von Tolstois genommen wird. In dieser Frage wurde bisher keine Einigung erzielt.

Die englischen Neuwahlen.

Da das englische Parlament nach den Premierminister Asquith in der gestrigen Sitzung des Unterhauses abgegebene Erklärungen am 28. November aufgelöst werden wird, soll der Wahlkampf am 3. Dezember beginnen. Wie aus London berichtet wird, kam in den letzten abgehaltenen Reden der Parteiführer zum Ausdruck, daß in dem Wahlkampf der Liberalen werden mußte, als das Volk, lieber eine Wersion des Hauses der Lords als eine Verdrängung seiner Befugnisse wüßte. Die Liberalen Blätter sind der Überzeugung, Asquith habe von König das Versprechen erhalten, daß im Falle eines Sieges der Liberalen eine genügende Anzahl von Peers ernannt werden solle, um den Widerstand der Lords gegen die Verdrängung ihres Vetorechts zu brechen. Sie loben alle einmütig den hohen Wert und die Wichtigkeit, die Asquith in dieser Krisis bewiesen habe. Die konservativen Blätter sind der Ansicht, daß die Haltung der Regierung während der Debatte auf Meinungsverschiedenheiten unter den Ministern schließen lasse.

Das neue Kurpfuschereigetz.

Der Gesetzesentwurf betreffend die Vereinfachung von Verordnungen im Bergbauwesen soll dem in letzter Zeit überhandnehmenden Kurpfuschertum einen Riegel vorschieben. Der Entwurf beachtet nicht, das Praktizieren aller Nichtmediziner zu verbieten, und den größten Teil der sogenannten Heilbesessenen unter Ratliche Büffeln stellen. Für diese Heilbesessenen, die sich gewerbsmäßig mit der Behandlung von Krankheiten und Weiden jeder Art beschäftigen, also alle Nichtmediziner, sieht der Entwurf eine Anmeldepflicht ihrer Betriebe bei der Polizei vor, auch ist die Polizei berechtigt, Informationen über die rechtlichen Verhältnisse dieser Heilbesessenen einzuziehen. Ferner kann die Polizei das Verlangen stellen, ihr Einblick in die Geschäftsbücher zu verweigern, deren Führung besonderen Vorschriften unterliegt.

Die Behandlung von gemeingefährlichen Krankheiten, Geschlechtsleiden, Krebs wird den Heilbesessenen verboten, auch eine Fernbehandlung und andere in diesen Kreisen beliebte Behandlungsmethoden sollen verboten sein. Auch der Verkauf von Rezepten und Heilmitteln ist nicht mehr gestattet werden, desgleichen der Verkauf von Heilmitteln und anderen Gegenständen zur Verhütung oder Heilung von Krankheiten. Durch diese Vorschriften soll den Verbrechen gegen das menschliche Leben entgegengetreten werden und vor allem eine Ausbeutung der Käufer verhindert werden.

Von den übrigen Bestimmungen des Entwurfes seien noch erwähnt: Strafbestimmungen gegen offensichtlich unwahre Angaben in öffentlichen Kundgebungen und über den Wert der angepriesenen Artikel.

Eine Kommission, die dem Reichstag den Gesetzentwurf angelegt werden soll, wird dem Bundesrat bei Erlaß von Ausführungsbestimmungen, die jederzeit geändert werden können, mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die vereinfachte französische Regierung. Der Pariser „Gil Blas“ veröffentlicht, wie aus einem Telegramm aus Paris erhellt, einen Artikel über einen Zwischenfall, der sich in der russischen Reichshuma ereignet hat. Ein Mitglied der äußeren Reden, Raschikowski, hatte eine Rede über die Schulfrage gehalten, in der er heftige Ausfälle gegen Frankreich machte. Daraufhin

heftig erging sich in lebhaften Beleidigungen gegen Frankreich und sagte unter anderem: Wir können uns ein Beispiel an dem Anstand nehmen, insofern, als es sich um Deutschland und England, speziell aber um Deutschland handelt. Aber es ist nicht statthaft, Frankreich zum Vorbild zu wählen, wo die Regierung nur aus Kanaillen besteht. Die Beleidigungen der französischen Regierung veranlaßten eine Protestkundgebung seitens der Siberianer, aber der Duma-Präsident Guttschikow erwiderte, daß der Redner einen Ordnungsruf zu erteilen. Der „Gil Blas“ richtet nun an die Minister Briand und Bichon die Anfrage, was sie angeht der unerhörten Salsung Guttschikows zu tun gedenken.

Eine Wahlchlacht in Mexiko.

Telegraphische Meldungen, die aus Puebla in Mexiko eingetroffen sind, belagen, daß gestern abend zwischen Bundesstruppen und den Gegnern einer Wiederwahl des gegenwärtigen Präsidenten Porfirio Diaz ein Kampf stattgefunden habe, in dem die Bundesstruppen siegreich gewesen seien. Nach amtlichen Berichten sind 18 Mann gefallen, nach nichtamtlichen gegen hundert.

Ein weiteres Telegramm aus Mexiko berichtet uns über die blutigen Zusammenstöße in Puebla:

Mexiko, 19. November. Nach dem Bericht von Reisenden, die hier aus Puebla eingetroffen sind, begannen die gefrignen Unruhen als die Polizei unter Führung ihres Chefs eine Protestversammlung gegen die Wiederwahl Porfirio Diaz zum Präsidenten aufzulösen versuchte. Diese Versammlung fand in einem großen Saale statt, dessen Tür bei Ansturm der Polizei von einer Frau aufgeschlossen wurde, die durch einen Revolverbeschuß den Polizeichef tötete. In dem sich darauf entzündenden Handgemenge wurde auch aus einem Fenster eine Bombe geschleudert, die viele Polizisten tötete. Endlich gelang es, das Gebäude zu räumen. Aus der Stadt Mexiko trafen dann Truppen ein, sie griffen verhaftet durch Sandeute, das Haus an, in dem sich die Aufrechter verhalten hatten, und nahmen es nach beiderseitigem heftigen Gemetzel. Eine große Zahl der Aufrechter wurde getötet, darunter mehrere Frauen. Unter diesen auch die, die den Polizeichef erschossen hatte. Es wurden 100 Gewehre und viel Munition beschlagnahmt.

Nach den letzten Meldungen soll Lederman wiederbestellt sein. Anlässlich hatten die Aufrechter für morgen einen Aufstand in der Stadt Mexiko geplant. Es sind umfassende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden.

Der Deutsche Städtetag und die Fleischsteuerung. Namentlich liegt die Eingabe des Vorstandes des Deutschen Städtetages an den Reichstag wegen Hebung der Fleischsteuerung gedruckt vor. Einleitend wird in der Eingabe betont, daß die wiederholten Verschiebungen des Städtetages bisher völlig unüberdacht geblieben sind. Unter Bezugnahme auf die Eingaben verschiedener Stadtverwaltungen wird sodann dargelegt, daß im Laufe des letzten Sommers die Rind- und Kalbfleischpreise sogar weiter und geradezu frunghaft gestiegen sind, und daß das Steigen der Preise neuerdings auch auf die seit 1906 bereits übermäßig hohen Schweinepreise übergriffen hat. Zur Abhilfe der gegenwärtigen Notlage, der sich die Städte bemächtigt, verlangt die Eingabe besonders die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh und von Fleisch aus dem Ausland, insbesondere auch die Freigabe der Grenzen für gefähtes und getrenntes Fleisch. — Voraussetzungslos bleibt auch diese Eingabe unberücksichtigt, da nach wie vor agrarisch Trumpf ist. In dieser Anordnung befaßt uns die Stellung des preussischen Landwirtschaftsministers. Gestern ist die Ständige Kommission des Landesökonomischen Vereins in im, über die Eingabe des Städtetages Bericht abzugeben, inwieweit die bezüglichen Maßnahmen zur Förderung der Viehzucht sich bewährt haben und welche besonderen Maßnahmen zur weiteren Vergrößerung der gesamten Viehhaltung und zur Steigerung der Gesamterzeugung der Viehzucht und Viehhaltung noch empfohlen werden können. Der Landwirtschaftsminister war mit zahlreichen Kommissaren seines Ministeriums erschienen und nahm, wie das hiesige Städtetagsblatt mit erschütterter Genugtuung mitteilt, im Anschluß an die Begründung durch den Vorsitzenden Anlaß, die Mitteilung der „Allgemeinen Reichsvertretung“, daß er im Staatsministerium sich dafür ausgesprochen habe, die Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr in „erweitertem Umfang zu öffnen, als „völlig unzutreffend“ zu bezeichnen.

Das Wohnungsgesetz. Der Deutsche Juristentag hat beschlossen, eine Umfrage über das Wohnungswesen zu veranstalten. Die Umfrage ist außerordentlich umfangreich. Sie betrifft die kommunale Bodenpolitik, das Erbbaurecht, das Hypothekenrecht, den Hypothekendarlehen und den Bankten, die Verleugung zweiter Hypotheken, Mietsrecht, Erbrecht und Wohnungsunterbrechung. Jeder einzelne dieser Punkte enthält eine Menge Unterfragen. Die Umfrage soll ein Wohnungsgesetz vorbereiten, das Hinterbauten erleichtert und ein neues Wohn- und Mietsrecht schaffen helfen. Bisher sind hauptsächlich Hausbesitzer mit der Umfrage befaßt worden. Ammunder hat sich aber die ständige Deputation des Juristentages auch an den Groß-Berliner Mieterbund mit dem Ersuchen um sein Urteil und seine Erfahrungen gewandt. Der Mieterbund hat in seiner letzten Delegiertenversammlung eine Kommission ernannt, die das Material ausfindig machen und die Umfrage beantworten soll. Diejenigen Mieter, die sich für die Fragen interessieren und zu der Beantwortung ihre Erfahrungen beisteuern wollen, wollen sich gegenseitig an den Vorsitzenden des Groß-Berliner Mieterbundes, Herrn Hermann Köstke, SW. Teltower Straße 16, wenden.

Eine Ministerkrise in Portugal. Einem Telegramm aus Lissabon zufolge hat der Minister der öffentlichen Arbeiten seine Entlassung genommen; er wird zum Gesandten in Rio de Janeiro ernannt werden.

Friede in Uruguay. Aus Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay wird berichtet: Der Friede zwischen der Regierung und den Aufständischen ist endgültig geschlossen. Die Regie-

Der Reichstagsabgeordnete...
Der Reichstagsabgeordnete...
Der Reichstagsabgeordnete...

